

Herr Till Kniola	SPD
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Dr. Heike Gregarek	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Dr. Reinhard Heinemann	Für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung	
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat Kunst und Kultur
--	---------------------------

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Detlef Alsbach	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim	CDU
Frau Rita Krause	pro Köln

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
--------------------------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn

Seniorenvertretung

Frau Veronica Oommen

Integrationsrat

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur liegt unter TOP 8.1 der Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Hinweistafel auf den Skulpturenpark" und unter TOP 13.6 die Mitteilung zum Thema „Tanzhaus“ als Tischvorlage vor.

Er weist darauf hin, dass die soeben vom Kämmerer mitgezeichnete Mitteilung „Vorläufige Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW“ sich nicht auf der erweiterten Tagesordnung befinde und schlägt vor, sie der Niederschrift als Anlage hinzuzufügen. Er erinnert daran, dass der Stadtkämmerer für den Zeitraum vom 1. Juli bis zu 30. September 2010 eine einheitliche Vorgehensweise innerhalb der Verwaltung festgelegt habe, welche sich an § 82 Absatz 1, Satz 1 der GO orientiere.

Für den Betriebsausschuss Bühnen liegt unter TOP 5.1 die Beschlussvorlage bezüglich der „Ausschreibung Rahmenvertrag Druckerzeugnisse der Oper für die Spielzeit 2010/2011“ und für den nichtöffentlichen Teil unter TOP 11.1 die Beschlussvorlage zur „Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhalts- und Bedarfsreinigung im Objekt Oper und Schauspielhaus, Offenbachplatz“ als Tischvorlage vor

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, zunächst die Betriebsausschüsse Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud stattfinden zu lassen, um Herrn Daberto die Gelegenheit zu geben, seine Präsentation bezüglich der "Machbarkeitsstudie Sanierung Oper und Schauspiel" zu Beginn der Sitzung vorzustellen. Er bittet den Ausschuss darum, ihm hierfür das Rederecht zu erteilen. Für die Präsentation „Kunst im öffentlichen Raum - Projektergebnisse und Aussicht-“ von Frau Prof. Friederike Waentig, FH Köln, Institut für Restaurierungs- und Konservierungswissenschaft bittet er ebenfalls darum, ihr das Rederecht zu erteilen

Vorsitzende Dr. Bürgermeister ruft zunächst den Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln auf und bittet den Antragsteller darum, die Dringlichkeit zu begründen.

RM Uckermann begründet die Dringlichkeit indem er darauf hinweist, dass die Hinweisschilder auf den Skulpturenpark fehlen. Da im Sommer sehr viele Touristen an der Rheinpromenade unterwegs seien und der nächste Ausschuss Kunst und Kultur erst nach den Sommerferien tage bittet er darum, den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig - gegen die Stimme von pro Köln - abgelehnt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, zum Thema Skulpturenpark ggf. zu einer der nächsten Sitzungen eine Mitteilung vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Archäologische Zone**
- 3 Historisches Archiv**
- 4 Kulturzentrum am Neumarkt**
- 5 Denkmalpflege**
- 6 Schwerpunktthemen**
 - 6.1 "Präsentation Kunst im öffentlichen Raum - Projektergebnisse und Aussicht - von Frau Prof. Friederike Waentig, FH Köln, Institut für Restaurierungs- und Konservierungswissenschaft"
 - 6.2 Vorstellung des neuen Direktors des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Mario Kramp
- 7 Schriftliche Anfragen**
 - 7.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Skulpturenpark im Rheinpark"
AN/1250/2010
 - 7.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Drohende Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek"
AN/1261/2010
- 8 Schriftliche Anträge**
- 9 Allgemeine Vorlagen**
 - 9.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss für Einrichtung von gemeinsam genutzten Räumen des RJM und MS
2161/2010
 - 9.2 Bestellung eines sachkundigen Bürgers mit Stimmrecht für den Kunstbeirat für die Wahlperiode 2009 - 2014
2406/2010

- 9.3 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 9.4 Beurteilung des Vorschlags 698/100 zum Bürgerhaushalt - Meschenich - Bü-
cherangebot durch Bücherbus verbessern
1730/2010
- 10 Sonderausstellungen**
- 10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen -
Fortschreibung
2414/2010
- 11 Annahme von Schenkungen**
- 11.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung des Werkes "Teapot" von Mary Heilmann
2083/2010
- 12 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 13 Mitteilungen der Verwaltung**
- 13.1 Bericht zur Pilotphase 2009 Kulturelle Bildung in Köln (KUBIK)
2311/2010
- 13.2 Zukünftige Nutzung des Grundstücks und Gebäudes "Belvedere" in Köln-
Müngersdorf
2434/2010
- 13.3 Vorläufige Haushaltsführung, Hj. 2010
hier: Auswirkungen auf die Förderung der freien Kunstszene
2453/2010
- 13.4 Vorläufige Haushaltsführung, Haushalt 2010
hier: Auswirkung auf die Projektförderung durch das Kulturamt
2539/2010
- 13.5 Zusammenfassung und Dokumentation der 3. Arbeitsmarktkonferenz Medien
und Kultur
2623/2010
- 13.6 Tanzhaus
2697/2010

13.7 Vorläufige Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW
hier: Ablauf der bis 30.06.2010 befristeten Haushaltsermächtigung
2633/2010

14 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

15 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

16 Schwerpunktthemen

17 Schriftliche Anfragen

18 Schriftliche Anträge

19 Allgemeine Vorlagen

19.1 Bestellung eines Erbbaurechtes für das städtische Grundstück Am Hof 50 /
Unter Taschenmacher 15-17 in Köln-Altstadt-Nord
1275/2010

19.2 Sanierung der Orangerie im Volksgarten
2391/2010

**20 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

21 Mitteilungen der Verwaltung

22 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand dar.

RM Möller erinnert daran, dass in der letzten Beiratssitzung davon gesprochen worden sei, in Richtung Norden weiterzugraben. Sie fragt nach der Perspektive und wann mit der Fertigstellung der Grabungen zu rechnen sei. Außerdem möchte sie wissen, ob es eine finanzielle Zusicherung für sämtliche geplanten Grabungen gebe. Sie weist darauf hin, dass in der Mikwe gegraben worden sei und fragt nach dem Zweck und ob dies fachlich von den Beiratsmitgliedern akzeptiert werde.

Herr Dr. Wackerhagen erkundigt sich, ob der vorgegebene Zeitplan eingehalten werde.

Herr Heinemann fragt nach dem Sachstand der Planung für das neue Gebäude hinter der Archäologischen Zone.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte berichtet, dass man sogar schneller als vorgegeben im Zeitplan liege. Die Fertigstellung des Hochbaus hänge von der restlichen Finanzierung ab, welche wiederum von der neuen Landesregierung abhängig sei. Er hoffe diesbezüglich auf baldige Gespräche des Oberbürgermeisters mit der Landesregierung. Momentan sei geplant, im Jahre 2011 mit dem Hochbau zu beginnen und ihn 2013 einzurichten. Er erwähnt am Rande, dass die beauftragten Architekten bei deren Projekten in Dresden und München 1-2 Mio. EUR unter dem prognostizierten Kosten geblieben seien. Dies sei bei den momentanen Grabungskosten ebenso der Fall. Er erklärt, dass diese Kosten mit dem Ministerium abgestimmt und voll ausfinanziert seien und es hierbei keine Probleme gebe. Er sei zuversichtlich, dass man das Projekt fristgemäß durchführen könne.

Bezüglich der nördlichen Fläche erklärt er, dass dies unter anderem von der Restfinanzierung abhängige. Außerdem sei eine enorme logistische Arbeit zu leisten. Beispielsweise müsse man Teile mit Sand auffüllen, damit Baufahrzeuge den Rathausplatz befahren können.

Bezüglich der Grabungen in der Mikwe berichtet er, dass diese genauso Bestandteil der eben erläuterten Sache sei. Es sei unter anderem festgestellt worden, dass dort ein instabiler Grund sei, welcher bereits gesichert worden sei. Leider seien durch die Maßnahmen mit der Glaspypamide erhebliche Schäden durch Versalzung und Algen entstanden und man müsse mit Kompressen die Dinge mühsam entsalzen, um sie in eine konservatorisch akzeptable Form zu bringen. Selbstverständlich werde der Beirat hierüber informiert. Man könne kein Gesamtkonzept entwickeln, wenn man nicht alle Informationen habe. Er weist zudem darauf hin, dass man durch die Abpumpungen der KVB den Vorteil habe, Untersuchungen durchführen zu können, die neue Aufschlüsse bringen.

RM Uckermann fragt, ob es betreffend des geplanten Hochbaus noch zu fassende Beschlüsse gebe und wie es letztendlich mit dem Planungsrecht für den Bau aussehe. In der entsprechenden Ratssitzung habe es eine heftige Auseinandersetzung darüber gegeben, wer die Betriebskosten übernehme. Er fragt, ob es mittlerweile einen neuen Sachstand gebe.

Frau Brunn fragt, welcher Zeitplan gemeint sei, denn sie habe das Gefühl, dass dieser bereits überschritten wurde und fragt nach dem jüngsten Zeitplan. Bezüglich der Grabungen in der Mikwe habe sie in Erinnerung, dass der Boden der Synagoge durch die Grabungen entfernt worden sei. Sie weist darauf hin, dass dieser einen eigenen historischen Wert habe und ein wesentlicher Bestandteil des Denkmals sei und es darum gehe, den historischen Wert des Bodens der Mikwe zu schützen.

Sie bittet darum, dass der Projektsteuerer bezüglich der einzelnen Bauabschnitte, des möglichen modularen Vorgehens und über die Details der Finanzierung angehört werde und dies in einer der nächsten Sitzungen vortrage. Sie möchte ebenfalls wissen, inwieweit das Projekt, welches inzwischen bei einem Volumen von rd. 45 Mio. EUR liege, finanziell gestemmt werden könne.

Herr Dr. Soénius bezieht sich auf den in der PowerPoint-Präsentation dargestellten Rundgang des Museums und fragt nach dem Kommunikationskonzept.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erklärt, dass es ein Kommunikationskonzept gebe. Hierfür sei eine externe Agentur beauftragt worden.

Er sagt zu, dass die Agentur in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand berichten werde. Bezüglich des Zeitplans berichtet er, dass dieser verändert worden sei, weil es durch unzutreffende Prognosen des Ministeriums zu Beginn des Projektes vor drei Jahren noch Verzögerungen gegeben habe. Der Zeitplan, der mit den letzten Baubeschlüssen gefasst wurde, sei nach wie vor der Gültige. Dies treffe auf die Grabungen und den Hochbau zu und sei einheitlich. Man befinde sich momentan, nach der vom Rat genehmigten Entwurfsplanung, in der Genehmigungsplanung. Er weist darauf hin, dass unter Umständen ein weiterer Beschluss erforderlich sei, wenn es Schwierigkeiten bei der Finanzierung mit dem Land gebe.

Bezüglich der Mikwe erklärt er, dass keine Böden entfernt worden seien. Man versuche lediglich in die sich dort befindende Auffüllung hineinzusehen, um Fragen zur Statik des Vorraums zu klären. Es werde keine Originalsubstanz angetastet und diese bleibe in vollem Umfang erhalten.

3 Historisches Archiv

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand dar.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für den Bericht.

RM Uckermann fragt, ob mit den Pfahlbohrungen nicht zuviel zerstört werde.

Herr Soénius teilt mit, dass der Fachbeirat dem Bergebauwerk positiv gegenüber stehe. Er merkt an, dass es keinerlei Hinweisschilder zu der relativ großen Baustelle an der Severinstraße gebe. Im Förderverein sei die Frage aufgekommen, ob man nicht eine Tafel anbringen könne, die darauf hinweise, dass an dieser Stelle bei einem tragischen Unfall zwei Menschen ums Leben gekommen seien und sich dort von 1969 bis 2009 das Historische Archiv befunden habe. Er bittet die Verwaltung, dies zu prüfen. Außerdem interessiere ihn der aktuelle Sachstand zur Stiftungsgründung.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes schließt sich dem Wunsch, an dem Ort des Einsturzes eine Gedenktafel anzubringen, an. Sie weist darauf hin, dass es diesbezüglich bereits konkrete Vorschläge von Kölner Künstlerinnen und Künstlern gebe, die dem Büro des Oberbürgermeisters vorliegen. Sie schlägt vor, diese auch im Ausschuss Kunst und Kultur vorzustellen.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass die Frage zum Thema Denkmal oder einer Gedenktafel von dauerhafter Wirkung im Zuge der Neubauplanung gelöst werden müsse. Er habe Herrn Soénius jedoch so verstanden, dass dem aktuellen Anliegen Rechnung getragen würde, wenn temporär etwas unternommen werde. Er nehme diesen Vorschlag als Anregung auf.

Er weist betreffend der Stiftung auf eine Pressemitteilung des Landes NRW hin, welcher zu entnehmen sei, dass das Kabinett die Beteiligung an der Stiftung „Stadt-Gedächtnis“ beschlossen habe. Man plane, so schnell wie möglich, einen Termin zur Gründung der Stiftung zu vereinbaren. Zudem müsse ein Ratsbeschluss herbeigeführt werden, weil einige Parameter verändert worden seien. Er unterstreicht, dass ihm wichtig sei, die Stiftung gemeinsam mit dem Land NRW zu gründen. Er bedauert, dass die Presseerklärung des Landes NRW nicht mit der Stadt Köln kommuniziert worden sei. Denn der Umstand, dass die Landesregierung lediglich 1 Mio. EUR zur Verfügung stelle, erlaube es im Augenblick nicht, auf Grund der Vorschriften, die 2 Mio. EUR, die der Rat der Stadt Köln in das Gründungskapital einstellen wolle, in vollem Umfang entsprechend einzustellen. Dies müsse nun in einem zweiten Schritt versucht werden. Er hofft, dass man die neue Landesregierung dazu motivieren könne, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia antwortet auf die Frage von RM Uckermann, dass es sich um einen Spezialbagger handle, der dort, wo man Archivgut vermute, eingesetzt werde.

4 Kulturzentrum am Neumarkt

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Eröffnung des Museumsneubaus auf den 22.10. 2010 festgelegt worden sei.

Herr Richter von der Gebäudewirtschaft ergänzt, dass dies möglich gewesen sei, weil die abschließenden Teilabnahmen der Leistungen der ARGE KAN erfolgten und alle Innenbereiche bis 1. Juni 2010 übernommen worden seien. Es stehe nun noch die Gesamtabnahme aus, die voraussichtlich im August stattfinde.

Er berichtet weiter, dass momentan in allen Teilbereichen die Mängelbeseitigungen planmäßig durchgeführt würden. Der Ausbau auf den Ausstellungsflächen des Rautenstrauch-Joest-Museums sei zu 98 Prozent fertig. Bereits seit Mai erfolge, parallel mit dem restlichen Ausstellungsbau, die Ausstellungsvorbereitung und der Einbau der Exponate durch die Mitarbeiter des Rautenstrauch-Joest-Museums. Der Innenausbau des Foyers des Neubaus mit Shop, Infotheke und Gastronomie erfolge sukzessive bis Ende August 2010. Nach Abstimmung mit der Behindertenvertretung werde momentan ein Leitsystem eingebracht. Zum Innenausbau der Ausstellungsfläche des Museums Schnütgen im Neubau sagt er aus, dass man diese voraussichtlich Anfang August 2010 abschließen könne. Die Generalsanierung des Band-Baus werde Ende Juli 2010 erfolgen und in diesem Bereich werden der Ausstellungsbau und das Einbringen der Exponate Ende August abgeschlossen sein. Außerdem beginne man momentan mit den Arbeiten zur Umgestaltung des Klostersgartens, deren Fertigstellung für Ende September 2010 geplant sei.

Herr Dr. Wackerhagen fragt, ob es bereits Überlegungen zum Ablauf der Eröffnung gebe und geplant sei, Vertreter von Bund und Land einzuladen.

Museumsdienstleiter Dr. Hamann berichtet, dass es am Vormittag des 21. Oktober 2010 eine Pressekonferenz geben werde. Am Nachmittag werde es entsprechende Vorbesichtigungen für den Ausschuss Kunst und Kultur und die Fördervereine der

Museen geben. An dem darauffolgenden Wochenende finde ein Tag der offenen Tür statt. Zur Eröffnung sei geplant, den Bundespräsident einzuladen. Sollte er der Einladung folgen, werde es eine entsprechende Begleitung seitens des Landes NRW geben. Er weist auf eine insgesamt dichte Abfolge von Veranstaltungen hin. Am 26.10.2010 werde das Museum Schnütgen 100 Jahre alt und hierzu gebe es einen entsprechenden Festakt. Außerdem werde, im unmittelbaren Vorgriff zur langen Nacht, am 4. November 2010 die Ausstellung „Afropolis“ eröffnet und am 13. und 14. November 2010 gebe es den Istanbultag.

Herr Heinemann erinnert an einen gefassten Beschluss, dass es in Höhe des Haupteingangs des neuen Museums einen Fußgängerüberweg zur Überquerung der Cäcilienstraße geben soll. Er nimmt jedoch an, dass dieser bis zum 22. Oktober 2010 nicht fertig gestellt sein werde. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes merkt an, dass sie die Teilnahme an der Eröffnung für relativ unwahrscheinlich halte, weil der Termin in den Ratsferien liege.

RM Uckermann erkundigt sich nach der Barrierefreiheit.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil verweist hierzu auf die Aussage des Vertreters der Gebäudewirtschaft Herrn Richter, dass die Behindertenvertretung in die Planung des Leitsystems mit einbezogen worden sei, von daher könne man von einer Barrierefreiheit ausgehen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass ein Fußgängerübergang geplant sei.

Herr Soénius berichtet, dass dies ein Bestandteil der Lenkungsgruppe Masterplan gewesen sei. Das geplante Rasengleis in der Cäcilienstraße sei in der Vorbereitung und in diesem Zusammenhang werde die Gestaltung des Fußgängerübergangs geplant. Die KVB habe allerdings in der Lenkungsgruppe berichtet, dass nicht vor Anfang des nächsten Jahres mit der Umsetzung begonnen werde.

Da die Einladungen zur Eröffnung noch nicht verschickt worden seien, fragt Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, ob es möglich sei den Termin noch zu verlegen, damit alle Ausschussmitglieder daran teilnehmen zu können.

Beigeordneter Prof. Quander hält dies für schwierig, da der Termin so mit dem Oberbürgermeister abgesprochen sei. Der Termin könne nicht vorverlegt werden, da das Gebäude zur Eröffnung fertig gestellt sein müsse. Er weist zudem darauf hin, dass bereits am 26. Oktober 2010 der 100jährige Geburtstag des Museums Schnütgen sei. Er bedauert einerseits, dass der Eröffnungstermin in den Ferien statfinde, jedoch seien andererseits zu diesem Zeitpunkt viele Familien unterwegs, für die ein Besuch in den Museen an diesem Ferienwochenende ideal sei.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil hält die Umsetzung des Vorschlags von Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bedauerlicherweise für schwierig.

Er übergibt den Vorsitz wieder an die Vorsitzende Dr. Bürgermeister.

5 Denkmalpflege

Beigeordneter Prof. Quander gibt aus aktuellem Anlass zum Thema Denkmalpflege eine Stellungnahme ab. Er sah sich dazu veranlasst, sich in dieser Frage deutlich zu positionieren, weil es seit einiger Zeit eine öffentliche Diskussion zum Thema Denkmalschutz und insbesondere über die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer gegeben habe. Die Diskussion sei durch eine arbeitsrechtliche Auseinandersetzung ausgelöst worden, bei der die Stadt Köln alle gerichtlichen Auseinandersetzungen gewonnen habe

und damit bestätigt worden sei, dass alles rechtens gewesen sei. Es sei ein schier beispielloses Mobbing betrieben worden, welches bis zur persönlichen Verunglimpfung geführt habe. Dies könne er so nicht hinnehmen. Deshalb wolle er deutlich machen, dass die Stadtkonservatorin sein Vertrauen und das der Stadtspitze besitze. Er kritisiert die Vorgehensweise ihrer beiden Amtsvorgänger, in der Öffentlichkeit die Fachlichkeit der Stadtkonservatorin Dr. Kaymer anzuzweifeln. Er macht deutlich, dass ein Expertengremium, in dem sich unter anderem auch der Landeskonservator Dr. Mainzer eindeutig positioniert habe, an der Auswahl der Stadtkonservatorin beteiligt gewesen sei. Beim Amtsantritt habe man Stadtkonservatorin Dr. Kaymer gebeten, die Defizite des Amtes kontinuierlich abzarbeiten. Dies sei ihr in vielen Punkten gelungen. Er erinnert beispielsweise an die Denkmalliste, die seit Jahrzehnten nachlässig geführt worden sei und es deshalb Mahnungen seitens des Ministeriums gegeben habe. Diese werde nun Stück für Stück aufgearbeitet und man sei in der Sache ein gutes Stück vorangekommen. Außerdem seien die Wartezeiten der Antragsteller reduziert worden. Er berichtet weiter, dass die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer eine Juristenstelle neu eingerichtet habe, die zu einer erheblichen Entlastung der Gebietsreferenten geführt habe. Seit ihrem Amtsantritt werde die Denkmalpflege rechtzeitig in alle Planungsprozesse eingebunden und dies werde von Stadtkonservatorin Dr. Kaymer und ihren Mitarbeitern in vorbildlicher Weise wahrgenommen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Masterplan, die Planung für das Gerling-Gelände, das Dom Umfeld oder die Archäologische Zone. Ebenso bei der Bühnensanierung, wo man aus denkmalpflegerischen Gründen, für die jetzt beschlossene Sanierungsvariante sehr dankbar sei. Er hebt außerdem hervor, dass die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer eine Reihe von Reparaturarbeiten, die von ihren Amtsvorgängern hinterlassen worden seien, professionell erledigt habe. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Katastrophe mit den Ratsturmfiguren, das Reiterdenkmal auf dem Heumarkt und das Bühnensembel, welches im übelsten Zustand sei. Er erklärt weiter, dass darüber hinaus die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer Themen aufgegriffen habe die in dieser Stadt seit Jahrzehnten diskutiert werden. Hierzu gehöre das Thema Festungsstadt, wozu es jedoch noch keine Lösung gebe. Allerdings sei mit der Fachhochschule eine seriöse wissenschaftliche Erfassung und Untersuchung in die Wege geleitet worden. Es gebe bereits erste modellhafte Nutzungsüberlegungen, über die man weitere Gespräche führen müsse. Er berichtet, dass die Bauschäden untersucht werden und bereits ein Netzwerk zu anderen europäischen und deutschen Festungsstätten aufgebaut worden sei, so dass ein intensiver Austausch mit Luxemburg und Straßburg stattfinde. Er hebt weiter hervor, dass die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erstmalig die Grabstätten auf Melaten erfasst und denkmalgerecht dokumentiert habe und bis zum Jubiläum in einer entsprechenden Publikation vorliegen werde. Er erinnert zudem an die Fertigstellung von Alt St. Alban. Außerdem zeigt er auf, dass es inzwischen die stadtweit veröffentlichten Kulturpfade zu stadtteilbezogenen Baudenkmalern gebe. All dies sei sehr gut strukturiert. Er erklärt, dass man nach wie vor versuche, die bestehenden Probleme innerhalb der Dienststelle mit einer Mediation zu lösen. Er hofft, dass man im Laufe des Jahres zu einem guten Ergebnis komme.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Ausführungen des Kulturdezernenten und hofft auf ein gutes Gelingen für die Lösung der vorhandenen Probleme.

6 **Schwerpunkthemen**

6.1 **"Präsentation Kunst im öffentlichen Raum - Projektergebnisse und Aussicht - von Frau Prof. Friederike Waentig, FH Köln, Institut für Restaurierungs- und Konservierungswissenschaft"**

Frau Prof. Dr. Friederike Waentig von der FH Köln, Institut für Restaurierungs- und Konservierungswissenschaft stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Projektergebnisse der Zustandserfassung der Kunst im öffentlichen Raum vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur bei Frau Prof. Dr. Waentig für ihren Vortrag. Sie zeigt sich beeindruckt von der erfassten Anzahl der Kunstobjekte im öffentlichen Raum und bedankt sich an dieser Stelle bei den Studenten, die den Zustand der Außenskulpturen erfasst und bewertet haben. Hiermit werde wichtige Arbeit für die Kunst- und Kulturerschließung der Stadt Köln geleistet. Sie halte es für wichtig, dass dies veröffentlicht werde, weil viele Bürgerinnen und Bürger ein Interesse bezüglich der Herkunft und des Standortes haben. Dies sollte bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden. Sie begrüßt den Antrag bei der RheinEnergie Stiftung, damit die dortige Unterstützung vertieft werden könne. Sie bittet darum, dass die weitere Konzepterstellung und alle anderen Entwicklungsfragen, die die Innenstadt und die Stadtbezirke betreffen, mit dem Masterplan abgestimmt werden. Grundsätzlich hält sie es für begrüßenswert, dass der Schatz der Kunst im öffentlichen Raum auch öffentlich zugänglich gemacht werde. Es wurde von Frau Prof. Dr. Waentig hervorgehoben, dass die Zustandserfassung unter anderem aus der Zusammenarbeit mit dem Museum Ludwig entstanden sei. Die Vorsitzende fragt nach der Zusammenarbeit mit dem Museum Ludwig im Übrigen. Frau Prof. Dr. Waentig antwortet, dass das Museum Ludwig in die Restaurierung einbezogen sei, weil dort viele Restaurierungsanfragen eingehen. Außerdem habe das Museum Ludwig rund 25 Außenskulpturen. Frau Prof. Dr. Waentig erläutert, dass eine Datenbank angelegt worden sei mit Fotos, die das Rheinische Bildarchiv erstellt, die im Internet zugänglich gemacht wird. Wenn das weiterführende Projekt durch die RheinEnergie Stiftung genehmigt werde, sei im Rahmen des Forschungsprojektes beabsichtigt, einen App bei iTunes einzustellen. Diesbezüglich werden Gespräche mit einem Entwickler geführt. Ziel ist, sich über iPhone oder iPad den Fortschritt oder Neuaufnahmen ansehen zu können. Weiterentwicklungen werden in enger Abstimmung mit dem Kulturdezernat stattfinden.

Herr Dr. Soénus fragt, inwieweit gewährleistet sei, dass zukünftige Skulpturen oder künftige Verlagerungen von Objekten zentral erfasst werden, damit dies nicht erneut aufgearbeitet werden müsse.

Frau Brunn fragt, wie die Masterplanentwicklung mit der Entwicklung der Kunst im öffentlichen Raum zusammengebracht werden könne. Dies sei ihres Erachtens im Masterplan so vorgesehen und es müsse relativ zeitnah darüber nachgedacht werden.

Herr Deutsch regt an, der Bezirksvertretung Innenstadt die Präsentation von Frau Prof. Waentig vorzustellen. Er schlägt außerdem vor, dass sie sich an das kollektive Gedächtnis der Kölner Bürgerinnen und Bürger wende, um eine Art Plattform zu schaffen, in der diese ihr Wissen über Kunst im öffentlichen Raum einspeisen können. Er könne sich vorstellen, dass dies zu positiven Ergebnissen führen könne.

Frau van Duiven schlägt vor, die Ausführungen von Herrn Deutsch insofern weiter zu verfolgen, indem Patenschaften entwickelt werden, die sich um die Objekte kümmern. Sie ist der Auffassung, dass ursprünglich ein Konzept über Kunst im öffentlichen

Raum angedacht gewesen sei. Insofern schließe sie sich der Aussage von Herrn Dr. Soénius an, dass es Regelungen darüber geben müsse, was mit den Kunstwerken passiere, die jetzt versetzt werden. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass an der Stelle wo das Archiv eingestürzt sei, ein Denkmal entstehen soll.

Herr Heinemann bittet darum, den Vortrag in Schriftform zu erhalten.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert zunächst, dass es sich um ein Thema handele, welches von der Stadt Köln in dieser Qualität bisher nicht behandelt worden ist. Deshalb habe man die Fachhochschule und in einem zweiten Schritt die Universität gebeten, die Daten zu sammeln und die Kunstwerke nach Erhaltungszustand und Pflegebedürftigkeit und schließlich nach ihrem kunsthistorischen Wert zu erfassen. Es sei in der Tat so, dass ein Teil der Zuständigkeit beim Museum Ludwig und der Stadtkonservatorin liege. Allerdings seien auch das Grünflächenamt, das Stadtplanungsamt und weitere Kulturinstitute beteiligt. Er betont, dass es letztendlich ein Gesamtkonzept geben müsse, in dem die Zuständigkeiten klar dargestellt werden, um die Verwahrlosung der einzelnen Objekte zu verhindern. Außerdem gebe es noch keinen entsprechenden Etat für die Pflege des Ganzen. Dies alles sollte in ein Konzept münden, das so mit dem Kunstbeirat verabredet worden ist. Er weist im Übrigen darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe gebe, in der alle Ämter der Stadt Köln, die mit Kunst und Skulpturen im öffentlichen Raum zu tun haben, vertreten sind. Dadurch, dass das Stadtplanungsamt dort vertreten ist, sei die Verbindung zum Masterplan gegeben.

Bezüglich der Zuständigkeit für Skulpturen erklärt Beigeordnete Prof. Quander, dass hierzu innerhalb der Stadtverwaltung die Federführung geklärt werden müsse und er dies im Stadtvorstand thematisieren werde. Auf die Bitte, die Zustandserfassung zur Verfügung zu stellen, erläutert er, dass sie noch nicht fertig gestellt sei, da noch ein Zwischenbericht fehle. Danach werde er sie gerne dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung stellen.

Frau Prof. Waentig ergänzt, dass der Bericht der 2. Erfassung bereits eingegangen sei und die entsprechende Datenbank vorliege. Dies könne man als Zwischenstand an die Ausschussmitglieder weiterleiten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur ist damit einverstanden.

Auf Nachfrage von Frau van Duiven erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass dem Kulturdezernat die Federführung des Projektes obliege.

6.2 Vorstellung des neuen Direktors des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Mario Kramp

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur den neuen Direktor des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Kramp.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass Herr Dr. Kramp seit dem 15. Juni 2010 im Amt sei. Man habe mit ihm einen Kenner der Kölner Stadt- und Regionalgeschichte für dieses interessante und wichtige Amt bei der Stadt Köln gewinnen können. Zu seiner Vita erläutert er, dass der Direktor des Kölnischen Stadtmuseums, Dr. Kramp, 1961 in Euskirchen geboren sei. Von 1980 bis 1987 habe er an der RWTH Aachen Geschichte und Kunst studiert und dort 1987 sein Staatsexamen bestanden. Ebenfalls an der RWTH Aachen absolvierte er zwischen 1987 und 1993 ein Promotionsstudium, wo er 1995 zum Dr. phil promovierte. Bereits von 1994 bis 1995 war er im Kölnischen Stadtmuseum als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und habe anschließend als Kurator eine Vielzahl von Ausstellungsprojekten im In- und Ausland betreut. Hierbei sei die Ausstellung „Krönungen der Könige in Aachen – Geschichte

und Mythos“, die ein großes überregionales Interesse gefunden habe, hervorzuheben. Seit 2002 war er Leiter des Mittelrhein-Museums der Stadt Koblenz.

Der Direktor des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Kramp macht darauf aufmerksam, dass das Kölnische Stadtmuseum über eine hervorragende und umfangreiche Sammlung verfüge und die sicherlich bedeutendste und älteste Metropole Deutschlands sei. Er wolle zunächst einige seiner Grundgedanken über das, was er später entwickeln möchte vorstellen. Ihm sei wichtig, die gesamte Stadtgeschichte erzählen zu können und dies werde er chronologisch, nach Themen, Vertiefungen, Mythen, aber auch mit Humor und Kritik, gestalten. Dazu gehöre auch eine technische Seite. Er weist darauf hin, dass es das Zeughaus, die alte Wache, den Verbindungsbau und ein Baugrundstück gebe. Als er sich beworben habe, sei die Situation bezüglich des Baugrundstücks noch eine Andere gewesen. Nachdem er erfuhr, dass die Planung der Sanierung und die Neuaufstellung der Altbauten nach wie vor das Ziel der Stadt Köln ist und dies im Etat verankert sei, habe er seine Bewerbung aufrecht erhalten. Er betont, dass er dies als Chance und Herausforderung sehe. Seine Zielrichtung sei, einiges zu ändern. Manche Strukturen des Hauses, so wie sie sich ihm oder nach Außen darstellen, seien gewachsen, oder haben sich entsprechend entwickelt und herauskristallisiert. Dies möchte er jedoch erst genauer betrachten. Ein bereits vorhandener Aspekt, den er noch stärker betonen wolle, sei die Vernetzung und Kooperationen. Er halte dies im Hinblick auf die Kölner Museumslandschaft für sehr wichtig. Ebenso die Präsentation der Kultur und der Kulturgeschichte der Stadt Köln.

Er weist darauf hin, dass er gemeinsam mit dem Historischen Archiv die Ausstellung „Geborgene Schätze aus dem Stadtarchiv“ im Kölnischen Museum präsentiere. Er möchte gleichzeitig verkünden, dass die Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder die Ausstellung eröffne, welches er für ein gutes Signal halte. Danach werde er ein Projekt, welches bereits durch die Mitarbeiter des Kölnischen Stadtmuseums vorbereitet worden sei, fortsetzen. Hierbei handele es sich um frühe Dom-Ansichten und Grafiken. Außerdem gebe es die Idee einer Fotobuchausstellung gemeinsam mit der Photokina. Er appelliert abschließend an das Engagement des Ausschusses Kunst und Kultur, das Kölnische Stadtmuseum zu unterstützen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Vorstellung der geplanten Aktivitäten. Sie betont, dass dem Ausschuss Kunst und Kultur das Stadtmuseum Köln sehr am Herzen liege und man gespannt darauf sei, was der neue Direktor des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Kramp in den nächsten Jahren bewirke. Man werde dies sicher engagiert begleiten und unterstützen.

RM Uckermann fragt, welche Bedeutung die Stadtteile mit ihrer bemerkenswerten Geschichte, künftig im Kölnischen Stadtmuseum haben werden. Es sei seines Erachtens angedacht worden, dass dort die Stadtteile einen eigenen Bereich bekommen.

Der Direktor des Kölnischen Stadtmuseums Dr. Kramp weist darauf hin, dass diese Frage in die Debatte zum Neukonzept ziele. Er halte es für Köln essentiell wichtig darzustellen, wie sich die Stadt entwickelt habe. Es sei ihm bewusst, dass jeder Stadtteil sich im Laufe der Zeit anders entwickelt habe. In welcher Form dies präsentiert werde, könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Er weist darauf hin, dass es Geschichtsvereine und Initiativen in den Stadtteilen gebe, mit denen er Kontakt aufnehmen werde.

7 Schriftliche Anfragen

7.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Skulpturenpark im Rheinpark" AN/1250/2010

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Verwaltung die Antwort in schriftlicher Form nachreiche. Er fügt hinzu, dass das Kulturdezernat für diese Skulpturen nicht unmittelbar zuständig sei.

RM Uckermann ergänzt seine Anfrage indem er darstellt, dass bei einer besonders erhaltenswerten Skulptur starke, sichtbare Veränderungen aufgetreten seien. Er fragt, ob es seitens der Stadt Köln regelmäßige Begehungen gebe, um den Zustand der Skulpturen zu prüfen.

7.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Drohende Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek" AN/1261/2010

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, in den Haushaltsplanberatungen zu prüfen, ob man Einrichtungen schließen wolle oder nicht. Es sei klar, dass man sich über einzelne Institutionen Gedanken machen müsse. Hierzu benötige man genaue Informationen, um über die Notwendigkeit von Schließungen zu diskutieren.

Beigeordneter Prof. Quander schließt sich den Aussagen der Vorsitzenden an und erklärt, dass man die gestellten Fragen erst nach den Haushaltsplanberatungen beantworten könne und müsse. Er weist darauf hin, dass es einen Einsparvorschlag gebe, welcher in der Verwaltung diskutiert werde. Dieser betreffe jedoch die mittelfristige Finanzplanung.

RM Dr. Elster zeigt auf, dass an anderer Stelle zu entscheiden sei, was letztendlich haushaltsrelevant sei. Die gefragten Informationen seien erforderlich, wenn man darüber nachdenke diese Institution zu schließen. Wenn seine Fraktion diese Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt nicht gestellt hätte, würde im Rahmen der Haushaltsplanberatung keine Information hierzu vorliegen. Eine Diskussion über die Schließung von Institutionen müsse auf der Grundlage von allen verfügbaren Zahlen und Fakten geführt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt RM Dr. Elster grundsätzlich zu. Sie verweist darauf, dass laut dem letzten Beschluss die Kunst- und Museumsbibliothek gemeinsam mit dem Rheinischen Bildarchiv in dem neuen Archivgebäude untergebracht werden soll. Dieser Beschluss sei aus kulturpolitischer Sicht gut überlegt worden. Sie halte es für sinnvoll, wenn die Verwaltung diese Fragen beantworten könne, um dies entsprechend in den Haushaltsplanberatungen zu diskutieren und zu bewerten.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass es sich hierbei um eine mittelfristige Überlegung im Finanzbereich handele, die nichts mit dem zu tun habe, was kurzzeitig als Einsparung angedacht werden könne. Selbstverständlich werde die Planung für eine integrale Neubaulösung Historisches Archiv mit dem Rheinischen Bildarchiv und der Kunst- und Museumsbibliothek, wie vom Rat beauftragt, weiter vorangetrieben. Dies werde seines Erachtens gemeinsam mit den Haushaltsberatungen zu entscheiden sein. Im Übrigen betont er, dass das Thema seitens der Verwaltung nicht in die Öffentlichkeit getragen worden sei. Er habe bei der entsprechenden Pressekonferenz

des Oberbürgermeisters gesagt, dass man nicht nur über Vorschläge zur Schließung städtischer Kultureinrichtungen oder Kürzungen im freien Förderbereich nachdenken müsse. Er habe diesbezüglich keine Institution genannt und betont, dass dies im Einzelnen genau zu bewerten sei und in diesem Zusammenhang müsse man die konkret gestellten Fragen berücksichtigen.

Herr von Rautenstrauch zeigt sich verwundert darüber, dass die Kunst- und Museumsbibliothek überhaupt zur Diskussion gestellt worden sei. Es sei eine der wenigen Spezialbibliotheken in diesem Lande und deswegen werde sie von der Museumsbibliothek, dem Historischen Archiv und anderen überregionalen Institutionen gestützt. Er könne sich zudem nicht vorstellen, dass eine Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek der politische Wille sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Neubaus des Historischen Archivs hin.

8 Schriftliche Anträge

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss für Einrichtung von gemeinsam genutzten Räumen des RJM und MS 2161/2010

RM Möller fragt, ob es ein Digitalisierungsgerät nicht bereits gebe. Sie könne sich vorstellen, dass dies im Rheinischen Bildarchiv vorhanden sei und auch für das Rautenstrauch-Joest-Museum und das Museum Schnütgen nutzbar wäre.

Herr Troost antwortet, dass der Bedarf vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden sei. Er weist darauf hin, dass das Museum bei seinen hohen Fotobeständen eine solche Anlage benötige.

RM Möller habe bisher angenommen, dass die Digitalisierung von Fotos die Aufgabe des Rheinischen Bildarchivs sei.

Beigeordneter Prof. Quander bemerkt, dass generell eine neue Technik in alle Häuser Einzug erhalte. Er schlägt vor, diesen Fall kritisch zu prüfen und die Erkenntnisse hierüber nachzureichen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur erkennt den Bedarf für die Einrichtung der vom Rautenstrauch-Joest Museum und Museum Schnütgen gemeinsam genutzten Räume im Neubau an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Bestellung eines sachkundigen Bürgers mit Stimmrecht für den Kunstbeirat für die Wahlperiode 2009 - 2014 2406/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Be-

schlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln bestellt als sachkundigen Bürger mit Stimmrecht Herrn Professor Andreas Kaiser in den Kunstbeirat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2009 – 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.3 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010**

RM von Bülow fragt, wie diese Studie zustande gekommen sei und kritisiert, dass der Bereich Kunst und Kultur zu kurz komme. Es werde beispielsweise nicht erwähnt, was sich in den einzelnen Stadtbezirken abspiele. Ebenso werde die Freie Szene nicht erwähnt. Viele Dinge, die man im Kulturentwicklungsplan nachlesen könne, tauchen nicht auf. Sie fragt nach der Möglichkeit eine Ergänzung nachzureichen.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass die Federführung dieser Vorlage nicht dem Kulturdezernat obliege. Er werde die Vorschläge mit der Sozialdezernentin diskutieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt dar, dass es sich um einen ersten Entwicklungsbericht handele, welcher anscheinend fortgeschrieben werde. Es sei wichtig im Kontext zu zeigen, dass das breite Spektrum der Kulturangebote angemessen vertreten werde.

Herr Deutsch stellt fest, dass das Thema Kultur im Leitbildprozess nicht stattfinde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die Anregungen des Kulturausschusses entsprechend weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den vorliegenden ersten Entwicklungsbericht zu den Leitlinien für ein soziales Köln zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.4 Beurteilung des Vorschlags 698/100 zum Bürgerhaushalt - Meschenich -
Bücherangebot durch Bücherbus verbessern
1730/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt, dass sich ihre Fraktion in Anbetracht der aktuellen Situation, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließe. Sie schlägt vor, dass der Ausschuss Kunst und Kultur sich vorbehalte, Themen aus dem Bürgerhaushalt ggf. im Rahmen der Haushaltsplanberatung bzw. zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufzugreifen. Das Thema des Bücherbusses und der Versorgung der Stadtteile

mit einem angemessenen Büchereangebot sei stets ein zentrales Thema ihrer Fraktion gewesen.

RM von Bülow beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Beschlussvorlage in die Haushaltplanberatung zu schieben und in der heutigen Sitzung keine Entscheidung zu treffen.

RM Hoffmann fragt, warum die Beschlussvorlage dem Ausschuss Kunst und Kultur vorgelegt werde. Er ist der Auffassung, dass der Bürgerhaushalt sich unter anderem mit dem Thema Schule und Bildung befasse, aber nicht mit dem Bereich Kunst und Kultur.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass der Bücherbus zum Zuständigkeitsbereich der Stadtbibliothek gehöre, auch wenn es sich hierbei um ein Bildungsangebot handele. Insofern sei die Vorlage im Ausschuss Kunst und Kultur richtig.

RM Dr. Elster spricht sich ebenfalls für eine Verschiebung in die Haushaltsplanberatung aus.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Vorlage in die Hpl.-Beratungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Sonderausstellungen

**10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
Fortschreibung
2414/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der anliegenden Liste im einzelnen aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2010 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Annahme von Schenkungen

11.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung des Werkes "Teapot" von Mary Heilmann 2083/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt die Schenkung „Teapot“, 1983 von Mary Heilmann durch Mary Heilmann an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Bericht zur Pilotphase 2009 Kulturelle Bildung in Köln (KUBIK) 2311/2010

RM von Bülow fragt, wann das entsprechende Konzept vorgelegt werde. Speziell interessiert sie, wo das Projekt angegliedert werde. Es kämen die Bereiche Kunst und Kultur-, Schul- oder Jugendhilfe in Frage. Bei allen Dreien ginge es nicht, weil man eine effiziente Verwaltung haben wolle.

Der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann teilt mit, dass die Kämmerei das Konzept nicht mitzeichne und es deshalb nicht vorgelegt werden könne. Er weist darauf hin, dass das Konzept einen Einsatz von Fördermitteln in Höhe von 85.000 EUR vorsehe. Diese Mittel stehen im Zusammenhang mit den Sparbeschlüssen momentan zur Diskussion. Außerdem fehle die Mitzeichnung des Organisationsamtes wegen der Zuständigkeitsfrage. Er habe ein Konzept auf der Basis eines Stadtvorstandsbeschlusses geschrieben, wonach die Zuständigkeit des Förderkonzeptes Kulturelle Bildung und die dazugehörige Stelle alle zwei Jahre zwischen dem Museumsdienst als pädagogische Einrichtung im Kulturdezernat und dem Dezernat für Schule, Bildung und Sport wechseln soll. Allerdings sehe das Organisationsamt dies als bedenklich an. Er stellt dar, dass dennoch in der Pilotphase Projekte gefördert worden seien, um Erfahrungswerte zu sammeln. Die wichtigen und relevanten Bereiche für die Kulturelle Bildung, sind in Beispielen in dem vorliegenden Kurzkonzzept enthalten. Hierbei sei auf eine homogene Auswahl der Projektträger geachtet worden. Die Projekte werden nach den von der Verwaltung festgeschriebenen Förderrichtlinien beantragt. Er erklärt weiter, dass das Konzept KUBIK aus drei Bereichen bestehe. Förderung, Netzwerkbindung und Qualitätssicherung. Wenn der Bereich der Förderung fehle, könne es nicht umgesetzt werden. Die anderen Bereiche könne man zwar ausüben und das Netzwerk herstellen, denn es sei gelungen, von der RheinEnergie-Stiftung Kultur, Fördergelder für drei Jahre in Höhe von 100.000 EUR für dieses Vorhaben einzuwerben.

Aber man stehe momentan vor einer schwierigen Situation, da man nicht wisse, wie es weitergehe und mit der dritten Dimension von KUBIK letztlich aussehe.

Herr Deutsch erinnert daran, dass dem Ausschuss Kunst und Kultur das Thema als Ganzes stets ein wichtiges Anliegen gewesen sei. Jetzt müsse zur Kenntnis genommen werden, dass keine Beschlussvorlage eingebracht werden könne, weil sie vom Stadtkämmerer nicht mitgezeichnet worden sei. Er fragt, ob dem Ausschuss Kunst und Kultur das Konzept nicht als Entwurf zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann sieht die Möglichkeit, beispielsweise die Richtlinien der Förderung zur Verfügung zu stellen. Ebenso die Ausgestaltung der Projekte, die Vernetzung oder wie man sich KUBIK allgemein vorzustellen habe.

RM Dr. Elster macht deutlich, dass die Kulturelle Bildung grundsätzlich eines der Hauptthemen für Köln sei. Wenn man das Thema nicht in den Griff bekomme, werde Kultur in dieser Stadt künftig anders stattfinden, als es gewünscht sei. In einer Stadt mit 40% Menschen mit Migrationshintergrund seien zunächst andere Themen vorrangig als Kunst und Kultur. Von daher sei der Ansatz, welcher vom Museumsdienst bereits praktiziert werde und als Schwerpunkt vorhanden sei, begrüßenswert. Insbesondere ein Konzept zu erstellen, welches umgesetzt werden könne und die Kulturelle Bildung tatsächlich verbessere. Er schlägt daher vor, dass der Ausschuss Kunst und Kultur ein Zeichen setzen und die Verwaltung auffordern sollte dieses Konzept umzusetzen, damit es nicht den Einsparvorschlägen der „Task-Force“ zum Opfer falle. Dies könne seines Erachtens nicht der Kämmerer entscheiden, sondern der Ausschuss Kunst und Kultur habe dieses Thema zu diskutieren. Bezüglich der Zuständigkeit weist er darauf hin, dass es eine hervorragend aufgestellte Museumspädagogik gebe, wo viele Dinge bereits vorbereitet worden seien. Er könne sich vorstellen, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familien beratend und entscheidend an diesem Thema mitwirke. Aber die Federführung müsse man den Fachleuten überlassen. Er regt an, dass das Organisationsamt, gemeinsam mit den Konzeptschreibern, eine Möglichkeit finde in diesem Sinne zu arbeiten. Es müsse eine klar getrennte Lösung geben. Er bittet ebenfalls darum, dem Ausschuss Kunst und Kultur das Konzept vorzustellen, um in den Fraktionen die entsprechenden Beratungen führen zu können, da dies auch haushaltsrelevant sei. Er schlägt vor, hierzu einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erinnert daran, dass dieses ungewöhnliche Organisationsmodell gewählt wurde, weil es vor geraumer Zeit im Ausschuss Kunst und Kultur so beschlossen worden sei. Sie macht darauf aufmerksam, dass Kulturelle Bildung in Köln in vielen Kulturinstitutionen bereits stattfinde und es im Jugendhilfebereich ebenfalls ein breites Spektrum von Trägern gebe. Sie nennt die Beispiele Theaterpädagogisches Zentrum oder die Jazzhausschule, welche über den Jugendhilfebereich gefördert werden. Von daher habe man es einvernehmlich im Ausschuss Kunst und Kultur für sinnvoll gehalten, dass dies über die Zusammenziehung der Strukturen und über eine Organisationseinheit und den Wechsel der Zuständigkeit zu regeln sei. Dies könne man eventuell noch mal überdenken, sollte es sich als zu kompliziert darstellen. Hierfür müsse man den aktuellen Sachstand der Diskussion der Verwaltung kennen. Da die Kulturelle Bildung ganz oben auf der Agenda stehe und ein wichtiges Thema für Kultur, Bildung und den sozialen Frieden in Köln sei, schlägt sie vor zu beschließen, dieses auf der Organisationsebene weiterzudenken. Abgesehen von den Haushaltsplanfragen, scheint dies ihres Erachtens ein strukturelles Problem der Verwaltung zu sein, welches gelöst werden müsse.

Beigeordneter Prof. Quander schlägt vor, den Ausschuss Kunst und Kultur in Form einer Präsentation über das Konzept zu instruieren. Dies liefere die Informationen, die man im Herbst für die Beratungen benötige.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, dass der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann in der nächsten Sitzung die Konzeptentwicklung der Kulturellen Bildung in Köln (KUBIK) in Form einer Präsentation vorstellt.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Mitteilung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Mitteilung zunächst zur Kenntnis.

**13.2 Zukünftige Nutzung des Grundstücks und Gebäudes "Belvedere" in Köln-Müngersdorf
2434/2010**

Herr Dr. Heinemann bittet das Kulturdezernat die Gebäudewirtschaft aufzufordern, sich intensiv und kurzfristig mit dem Thema zu befassen. Er ergänzt, dass das Gebäude im Rahmen des Denkmals des Monats vorgestellt worden sei. Hierbei habe ein Bürger angeboten, seine Musikaliensammlung dort zu präsentieren, wenn das Gebäude in einen entsprechenden Zustand versetzt werde und eine Trägerschaft gefunden worden sei. Er weist im Übrigen darauf hin, dass das Gebäude mit ÖPNV erreichbar sei.

RM Jung merkt an, dass es sich bei dem angesprochenen Bürger um den Inhaber des Bekleidungshauses Jacobi handle, der eine umfangreiche mechanische Musikinstrumentensammlung aus drei Jahrhunderten besitze. Herr Jacobi präsentiert die Sammlung an jedem 1. Sonntag im Monat. Dieser habe unter anderem angeboten, sich in einem gewissen Rahmen an den Renovierungskosten des Gebäudes zu beteiligen. RM Jung empfiehlt der Verwaltung, sich mit dem Bürger in Verbindung zu setzen, da dies sei eine interessante Sache sei, um das Gebäude kulturell zu erhalten und der Öffentlichkeit weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Gellner ergänzt, dass es sich um eine europaweit bekannte Sammlung von automatischen Musikinstrumenten handle. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Sammlung zu erhalten und zu präsentieren.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass das Angebot bekannt sei und es eine Reihe von weiteren Interessenten gebe, die bereit seien dort etwas Kulturelles zu veranstalten. Er weist darauf hin, dass entweder die Stadt Köln oder ein privater Anbieter investieren müsse, um das Objekt zu sanieren. Bei der Stadt Köln sehe er diese Möglichkeit momentan eher nicht. Es müsse geklärt werden, ob der Betrag im ein- oder zweistelligen Millionenbereich liege. Eine Teilbeteiligung in Höhe von 100.000 EUR sei da nicht ausreichend, denn dieses Gebäude müsse von Grund auf saniert werden. Außerdem gebe es einige denkmalpflegerische Aufgaben, um die historische Gebäudesubstanz zu erhalten. Nachdem die entsprechenden Daten ermittelt worden seien, könne man eine ungefähre Summe nennen, die benötigt werde, um dieses Haus nutzbar machen zu können. Dies betreffe auch den völlig verwilderten Park, für den

einige hunderttausend Euro nötig seien, um ihn in einen vorzeigbaren und öffentlich nutzbaren Raum zu verwandeln.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass dieses Thema den Ausschuss Kunst und Kultur weiter beschäftigen werde und hofft, dass das Denkmal weiterhin erhalten bleibe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.3 Vorläufige Haushaltsführung, Hj. 2010
hier: Auswirkungen auf die Förderung der freien Kunstszene
2453/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (siehe Tagesordnungspunkt 13.4).

13.4 Vorläufige Haushaltsführung, Haushalt 2010
hier: Auswirkung auf die Projektförderung durch das Kulturstädt
2539/2010

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 13.3 und 13.4 gemeinsam zu behandeln.

Sie weist auf einen Brief der Freien Szene hin, in dem deutlich gemacht wurde, wie stark die Freie Szene durch die geplanten Kürzungen des Kulturstädtes bedroht sei. Ihre Fraktion erwartet von der Verwaltung, dass sie mit der vorläufigen Haushaltsführung so agiere, damit keine Strukturen zerschlagen werden und keine irreparablen Schäden entstehen. Man habe den Eindruck, dass aus den dargestellten Zahlen und Berechnungen eine Ungleichgewichtung in der Behandlung der unterschiedlichen Kulturangebote und der Kulturträger entstanden sei. Hiernach ergebe sich eine größere Belastung für die Freie Szene und andere Bereiche seien weitestgehend davon ausgenommen. Dies sei aus Sicht ihrer Fraktion nicht akzeptabel. Sie fragt, ob es die Möglichkeit gebe, für einzelne Bereiche Schwerpunkte zu bilden, um hierdurch drohende irreparable Schäden, wie in beiden Mitteilungen ankündigt, zu verhindern. Sie betont, dass dies erwartet werde und die Aufgabe des Beigeordneten, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, sei. Es sei schließlich das Ziel des Doppelhaushaltes und des langfristig angelegten Finanz- und Haushaltplanes, dass man den Nothaushalt, in dem man überhaupt keine Gestaltungsmöglichkeit auf kommunaler Ebene mehr habe, verhindern wolle. Sie bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme bezüglich der gesetzten Schwerpunkte und fragt, ob der Eindruck zutreffe, dass es eine höhere Quote betreffend der Freien Szene gebe. Es müsse außerdem dargestellt werden, wo Einrichtungen in ihrer Existenz tatsächlich bedroht seien.

RM von Bülow hofft, dass die Kürzungen in der Freien Szene nicht noch weiter fortgeführt werden. Sie verweist auf einen entsprechenden Antrag, der im Finanzausschuss und im Hauptausschuss beschlossen worden sei. Hier sei unter anderem gefordert worden, dass mit Augenmaß gespart werden soll, keine Strukturen zerstört werden, Leistungsstrukturen erhalten bleiben, eine nachhaltige Konsolidierung erfolgen solle und die entsprechenden Folgen im Blick zu haben. Sie fragt, wie die Verwaltung diesen Beschluss umsetzen werde, in dem klare Zielvorgaben für einzelne Sparten enthalten seien und wie das, was sich in den Mitteilungen 13.3 und 13.4 andeute, noch eingefangen werden könne.

RM Dr. Elster zeigt auf, dass Rot/Grün die Entscheidung getroffen habe, den Doppelhaushalt 2010/2011 zu beschließen und damit eine ordentliche Haushaltsführung 2010 auszusetzen. Die vorliegende Mitteilung der Verwaltung beinhalte das, was seine Fraktion vorausgesagt habe. Der herbeigeführte Beschluss im Finanzausschuss und im Hauptausschuss sei seines Erachtens nichts weiter als Augenschwermerei, da die Verwaltung keine andere Möglichkeit habe, als mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, um die vorläufige Haushaltsführung gesetzesgetreu zu führen. Nach seiner Auffassung bestand die einzige Möglichkeit hier einzugreifen darin, einen vernünftigen Haushalt zu beschließen und in den Jahren 2010/2011 antizyklisch zu investieren. Stattdessen habe man sich der Möglichkeit behoben, in den Haushalt einzugreifen und werde nun damit konfrontiert, dass entsprechende Förderungen ausbleiben und sich dies Existenz bedrohend für die Freie Szene auswirke. Er weist darauf hin, dass man erst im Oktober 2010 die Möglichkeit habe einzugreifen und fragt, was bis dahin geschehe. Seines Erachtens leider nichts. Wenn die Verwaltung versuchen soll zu verhindern, dass keine Strukturen zerstört werden, helfe dies keinem freien Theater weiter, welches heute ein Projekt absagen müsse und im September keine Einnahmen realisieren könne. Er weist darauf hin, dass man keine Möglichkeit habe, über Dinge zu beratschlagen, die im Herbst greifen und vom Regierungspräsidenten erst Ende des Jahres genehmigt würden, denn dann sei das Haushaltsjahr vorbei und die Freie Szene bereits schwer geschädigt. Er weist außerdem auf den Koalitionsvertrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin und stellt dar, dass der Inhalt letztendlich dem Kulturentwicklungsplan entnommen worden sei, den man gemeinsam im Rat erarbeitet habe.

Herr Deutsch zeigt auf, dass man zwei Dinge auseinanderhalten müsse. Das Eine sei der Doppelhaushaltsbeschluss, für den es gute Gründe gebe und das Stichwort Nothaushalt möge dies illustrieren. Zum Anderen müsse man, davon unabhängig, die Strategie der vorläufigen Haushaltsführung, wie sie von der Kämmerei und der Stadtspitze als Verwaltung umgesetzt werde, trennen. Momentan gebe es die Strategie, dass gleichmäßig über alle Positionen hinweg Sparbeiträge gefordert werden. Dies könne man so machen, allerdings nicht über ein halbes Jahr ohne politische Begleitung. Man müsste sich in diesem Prozess über Schwerpunktbildungen unterhalten, denn bei der vorliegenden Zusammenstellung des Kulturamtes handele es sich um Dinge, die bereits eingetreten seien. Es handele sich um Forderungen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden konnten. Die Mitteilung beinhalte nicht die Bedeutung für den Herbst, die Planungssicherheiten der Freien Szene und welcher Dominoeffekt dadurch entstehe.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt zunächst, dass die beiden Mitteilungen sich auf die Mittelbewirtschaftung unter den Restriktionen der vorläufigen Haushaltsführung beziehen. Man rede nicht über den Haushalt 2010 oder folgende, sondern über die Auswirkungen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO, welche gesetzlich bedingt sei und der Regierungspräsident darauf achten müsse, dass sie eingehalten werde. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass im Dezember ein Ratsbeschluss für die erste Jahreshälfte gefasst wurde, der bereits beanstandet worden sei und den der Rat nicht hätte beschließen dürfen. Dies betreffe die Verausgabung von Mitteln im haushaltslosen Zeitraum. Die Kämmerei habe deutlich gemacht, dass nur unter ganz engen Rahmenbedingungen verausgabt werden könne. Er habe zu Anfang der Sitzung betont, dass eine entsprechende Mitteilung noch nicht vorgelegt werden könne, diese jedoch der Niederschrift beigefügt werde. Hier werde die Handhabung und Interpretation dargestellt. Diese Mitteilung verändere allerdings nichts Wesentliches an dem Inhalt der vorliegenden Mitteilungen zur vorläufigen Haushaltsführung. Zur allgemeinen Haushaltssituation erläutert er, dass zunächst in Ansätzen versucht

worden sei, gleichmäßige Kürzungsquoten zu verteilen. Dies sei in der Verwaltung diskutiert worden, habe sich jedoch durch Prüfungen und Erörterungen verändert, so dass die momentan angedachten einzelnen Kürzungsansätze zwischen den Dezernaten sehr unterschiedlich seien. Deshalb habe man inzwischen von dieser Pauschale Abstand genommen, weil es keinen Sinn mache, Kürzungsvorschläge in einen Haushalt zu schreiben, die letztendlich nicht umsetzbar seien. Die Verwaltung wolle nun Vorschläge erarbeiten, damit die Politik eine Entscheidungsgrundlage habe. Zweifellos sei es im Augenblick so, dass kurzfristig am ehesten eine Einsparchance bei den flexiblen Haushaltsmitteln bestehe. Dies gelte für die Freie Szene sowie für die städtischen Kultureinrichtungen. Er fügt hinzu, dass alles, was durch rechtliche Verpflichtungen mittel- und langfristig gebunden sei, kurzfristig nicht eingespart werden könne. Momentan diskutiere man über ein Einsparvolumen von knapp 10 Mio. EUR für den Kulturretat in 2010 und dies verteile sich zu ca. 1,3 Mio. EUR für die Freie Szene und zu ca. 8,7 Mio. EUR im Bereich der städtischen Institutionen. Daran sei durchaus eine vorhandene Gewichtung zu erkennen. Er weist darauf hin, dass dieses Einsparvolumen bei den städtischen Institutionen ebenfalls aus den flexiblen Mitteln erbracht werden müsse. Er glaubt, dass die Proportionalität durchaus gewahrt sei, obwohl ihm die Dramatik, wie sie in den Mitteilungen dargestellt wurde, bewusst sei. Schließlich befinde sich die Stadt Köln in einer dramatischen Haushaltslage, wie man sie seit Jahrzehnten nicht erlebt habe, aber an der Haushaltskonsolidierung gehe global kein Weg vorbei. Er hebt hervor, dass er sich für die Interessen der Kultur einsetze und der Politik gegenüber verpflichtet fühle, aber kein Bereich sich völlig aus einem solchen Konsolidierungsprozess ausnehmen könne. Ihm sei klar, dass es schwierig werde, wenn es um Details ginge. Er weist den Vorwurf der Disproportionalität von sich und zeigt auf, dass auf alle Betroffenen gleich verteilt worden sei. Er bittet darum zu bedenken, dass kurzfristige Einsparungen nur in den Bereichen möglich seien, wo Verträge gekündigt werden können oder flexible Gelder zur Verfügung stehen, die man nicht ausschütten könne.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass sich in der Situation der vorläufigen Haushaltsführung und der Kürzungsdebatte das Dilemma der Freien Szene deutlich zeige. Dies betreffe den § 82 der Gemeindeordnung, welcher einen Großteil der Zuwendungen an die Freien Szene nicht positiv sanktioniere. Außerdem betreffe es die sehr leichte Eingriffs- und Zugriffsmöglichkeit bezüglich der Kürzungen bei der Freien Szene. Die Anregung seitens der Politik, keine Einrichtung zu Grunde gehen lassen, sei richtig und entspreche der Leitlinie, die man in der letzten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur als Mitteilung vorgelegt habe. Er müsse jedoch mit Blick auf die Projekte darauf hinweisen, dass es ein weiteres Dilemma in der Freien Szene gebe. Er führt aus, dass man im Projektmittelbereich von der Einmaligkeit von Kunstdarbietungen in Köln lebe und zu der Gesamtheit aller Projekte gehöre unter anderem die Institution der Freien Szene. In dem Moment, wo er durch Kürzungen vorgeschlagene und erarbeitete Projektideen, bei denen zusätzlich Verpflichtungen seitens der Künstler eingegangen worden seien, nicht erfüllen könne gehe das einzelne Kunstprojekt zu Grunde. Dies dürfe man in seiner Gesamtheit nicht zu gering einschätzen. Er möchte damit nicht zum Ausdruck bringen, dass er Institutionen schließen wolle, denn beides sei für den Kunststandort und das Kunstangebot dieser Stadt keine gute Entwicklung. Man erlebe bei den Projekten in diesem Jahr bereits den ersten Einbruch und wenn sich dies fortsetze, werde es mit den Folgen so weitergehen, wie es in den vorliegenden Mitteilungen dargestellt worden sei.

RM Peil betont, dass man sich momentan in einer wenig komfortablen Situation befinde und die Mitteilung, die man zur Kenntnis nehmen müsse, sei ebenso wenig erfreulich. Damit werden vielleicht keine Strukturen zerstört, aber geplante Projekte könne

man nicht realisieren. Er ist der Auffassung, dass es hierzu keine Alternative gegeben habe. Es sei nicht gelungen, den ursprünglich im Entwurf vorgelegten Haushalt 2010 auszugleichen. Die Verwaltung sei, aus nachvollziehbaren Gründen, hierzu nicht in der Lage. Dies bedeute, dass man keine Alternative zu dem Doppelhaushalt gehabt habe und dazu müsse man, auch mit den bitteren Folgen, stehen. Er denkt, dass man aus dieser Situation nur herauskomme wenn es gelinge, ein Sanierungskonzept über 8-10 Jahre zu erarbeiten, um eine relative Planungssicherheit für diesen Zeitraum zu erhalten. Hinzu kämen die geringen Gestaltungsmöglichkeiten des Rates und der Fachausschüsse, welche durch den Regierungspräsidenten weiterhin eingeschränkt seien. Man müsse nun alles Mögliche tun, um zu erreichen, dass die Stadt Köln handlungsfähig bleibe. Anhand der vorliegenden Mitteilung der Kulturverwaltung, in der man die Kürzungsraten der Freien Szene und der städtischen Institutionen darstelle, sei dies keineswegs ausgeglichen: Die Freie Szene bekomme, im Vergleich zu den städtischen Institutionen, nur einen Bruchteil der Gelder. Er denkt, da müsse seitens der Verwaltung noch einmal nachgearbeitet werden und betont, dass man anhand des China-Projektes kennengelernt habe, wie flexibel eine städtische Institution mit Mitteln umgehen könne.

Frau Ruiten erinnert daran, dass man Ende letzten Jahres bereits die gleiche Diskussion geführt habe. Es müsse verhindert werden, dass Strukturen zerstört werden. Dies sei jedoch bereits nach einem halben Jahr geschehen, indem erste Einrichtungen geschlossen worden seien. Es handele sich hierbei zwar um kleine Existenzen, aber damit ginge sehr viel kreatives Potential verloren. Unterschiedliche Sparten spielen ihres Erachtens dabei keine Rolle. Sie hätte es begrüßt, wenn man das Thema Freie Szene als Schwerpunktthema auf die Tagesordnung genommen hätte.

RM Dr. Elster zeigt auf, dass in der Diskussion über das umfassende Konzept nur die Dimension des Geldes betrachtet werde, welches die Stadt Köln einer Institution nicht zur Verfügung stelle. Es sei dargestellt worden, dass für alle in der Mitteilung aufgeführten Bereiche knapp 10 Mio. EUR städtische Mittel eingespart wurden. Er hält es für wichtig zu erfahren, wie viel Geld man an Zweit- und Drittförderung verliere, wenn bestimmte Projekte durch die Stadt Köln nicht begleitet werden und man keine Bundes- und Landesmittel einwerben könne, weil Veranstaltungen nicht stattfinden. Es handele sich schließlich nicht nur um den Ausfall von 10 Mio. EUR für die Kulturwirtschaft. Er betont, dass ein größerer Ausfall für die Freie Szene erhebliche Konsequenzen habe, da dies nur zu einem geringeren Teil durch den Kulturetat finanziert werde.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert, dass die Frage zu den in diesem Jahr und nach jetzigem Stand nicht mehr förderbaren Projekten, berechtigt, aber zum jetzigen Zeitpunkt dennoch irrelevant sei. Momentan sei es so, dass die Anfang des Jahres vorgeschlagenen und größtenteils abschlägig beurteilten Projekte nicht durchgeführt werden. Er könne den Einzelfall nur anhand eines konkreten Projektantrages darstellen. Hierfür müsse er unter anderem den städtischen Förderanteil betrachten und welche Anträge im Übrigen gestellt worden seien. Er könne dies im Hinblick auf dieses Jahr nicht mehr tun, weil man viele Projekte bereits absagen musste und demnach Projektanträge über Dritte nicht mehr gestellt worden seien.

Herr Dr. Gellner zeigt auf, dass der § 82 der Gemeindeordnung interpretationsfähig sei. Als Beispiel nennt er in diesem Zusammenhang, dass die Kulturverwaltung sich im Falle der Biennale „New Talents“, als sie die Mittel freigab, vorbildlich verhalten habe. Hier habe der Regierungspräsident die Mittel des Landes zunächst gesperrt und es bedurfte sehr viel Überzeugungsarbeit, dass die Mittel am Ende doch freigegeben worden seien. Es gebe seines Erachtens durchaus die Möglichkeit, Projekte bei einer vorläufigen Haushaltsführung zu bezuschussen. Es könne nicht sein, dass beispiele-

weise der Bereich Projektmittel Freie Theater gesperrt sei, weil die Kämmerei aussage, der Theaterbeirat habe entschieden, dass der Rat dem zustimmen müsse. Hier müsse nach seiner Auffassung der Theaterbeirat entscheiden, welche Projekte man vorläufig freigeben wolle, um mit den vorhandenen Restmitteln einen kleinen Bestand zu retten. Er kritisiert, dass kein Papier der Kämmerei vorliege, um zu erfahren, was für die nächsten drei Monate diesbezüglich geplant sei.

Herr Deutsch vertritt die Auffassung, dass man den Wunsch keine Strukturen zu zerschlagen nicht aufrecht erhalten könne, wenn es bei den Sparquoten in dieser Form bleibe. Es käme der Zeitpunkt, wo man sich den Tatsachen stellen müsse. Der Hinweis des Kulturamtsleiters Dr. Schmidt-Werthern, dass Drittmittel und Co-Finanzierungen damit zusammenhängen, zeige, dass die Freie Szene nicht nur Mittel der Stadt Köln bekomme. Diese Mittel ermöglichen erst weitere Geldzuflüsse, die dann jedoch wegfallen. Dies könne man seines Erachtens nicht durchhalten, sondern müsse irgendwann darstellen, wie eine Kürzungsstrategie konkret aussehe. Die Politik müsse diesen Diskurs ebenfalls angehen, wenn die Haushaltsgestaltung so aussehe, dass alle ihren Beitrag leisten müssen und man an keiner Stelle Schwerpunkte bilden könne. Dieses Problem müsse zügig angegangen werden. Ebenso müsse im Ausschuss Kunst und Kultur entschieden werden, welche dieser unterschiedlichen Zielvorgaben man verfolgen wolle. Es sei eine Aufgabe, die man als Ausschuss Kunst und Kultur und Sachverwalter der Kultur in Köln gemeinsam beantworten müsse.

Frau Brunn hat den Eindruck, dass die Freie Szene, im Vergleich zu anderen kulturellen Einrichtungen, überdurchschnittlich herangezogen werde und dies sei das Gegenteil von dem, was man im Ausschuss Kunst und Kultur wolle. Sie betont, dass die Freie Szene in ihrer Struktur recht labil sei, weil es viele einzelne Künstler gebe, die mit relativ geringen Mitteln leben müssen und nicht überleben, wenn diese gestrichen werden. Es habe im Zeitraum der beiden letzten Jahre fast doppelt so viele Kürzungen gegeben, wie angekündigt. Das sei eine Frage, die man an den Kulturdezernenten stellen müsse, inwieweit er Alternativen ermöglichen sollte, damit im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung vorab keine Sparquoten durchgesetzt werden. Die im Übrigen völlig jenseits dessen seien, was vorgegeben wurde. Es sei nicht hinnehmbar, dass man die Freie Szene, die sicher nicht ganz ausgenommen werden könne, überdurchschnittlich heranziehe und nebenbei bereits erläutert werde, welche Strukturen weggefallen seien. Sie sei nicht bereit, dies unter den gegebenen Umständen zu akzeptieren.

RM Peil zeigt auf, dass nichts auf Dauer schlimmer sei als lineare Kürzungen. Diese führen dazu, dass man irgendwann Einrichtungen schließe, die prinzipiell überlebensfähig seien. Dies werde seines Erachtens unabhängig davon geschehen, wie sie arbeiten, oder wie erfolgreich sie in der Akquise von Drittmitteln seien. Deswegen müsse man dazu übergehen dies zu gestalten und das bedeute unter Umständen, eine Einrichtung schließen zu müssen. Hier müsse man Übergänge erarbeiten. Die einzige Chance Strukturen zu erhalten und keine Einrichtungen zu schließen bestehe darin, dass ein bestimmtes Angebot in dieser Stadt aufrecht erhalten werde. Das gelte nicht nur für die Kultur, sondern auch für den sozialen und Jugendbereich sowie für viele andere Bereiche in Köln.

Beigeordneter Prof. Quander bedauert, dass vor allen Dingen sehr viel für die Kultur zurück gewonnenes Terrain nun wieder auf dem Spiel stehe. Er sei froh, dass hierüber im Ausschuss Kunst und Kultur eine sehr sachliche Diskussion geführt werde und bittet deshalb darum, dies differenziert zu betrachten. Er stellt dar, dass ihm die momentane Planung der Verwaltung durchaus ausgewogen zu sein scheint, weil bei den städtischen Institutionen nur kurzfristig gekürzt werden könne, wenn flexible Mittel vorhanden seien. Er wolle das Thema China-Gastspiel nicht erneut unnötig bemühen,

aber hierbei handle es sich um ein gutes Beispiel, weil es um flexible Mittel und Honorarmittel gehe.

Bezüglich der Diskussion um die geplanten Kürzungen der Freien Szene in Höhe von 20 Prozent weist er darauf hin, dass die Kürzungsquoten bei den städtischen Institutionen, im flexiblen Bereich, teilweise weit höher als 20 Prozent seien. Er zeigt zudem auf, dass beispielweise die Kürzungen bei der Stadtbibliothek den Medienetat gen null tendieren lassen, obwohl dies der Handlungsspielraum sei, der eine Stadtbibliothek attraktiv und sinnvoll mache. Dies sei geschehen, weil man an andere Bereiche nicht herangekommen sei. Er habe deshalb stets betont, dass dies nur mittelfristig möglich sei. Er unterstreicht, dass die Kürzungsquote bei den städtischen Institutionen in der momentanen Planung noch wesentlich höher sei. Man müsse in diesem Zusammenhang vorsichtig mit Aussagen über überproportionale Kürzungen sein. Er macht noch einmal deutlich, dass seitdem er die Verantwortung für Kunst und Kultur in dieser Stadt trage der Förderetat der Freien Szene von ca. 2 Mio. EUR auf 5,8 Mio. EUR gestiegen sei. Den städtischen Institutionen wurden ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung gestellt, allerdings nicht in diesem proportionalen Umfang. Dies bedeute, dass in den zurückliegenden Jahren die Freie Szene bewusst überproportional gefördert worden sei. Er habe stets betont, dass es sich hierbei um einen Zustand handle mit dem man leben könne, aber noch lange nicht für die Freie Szene ausreiche. Man sei jedoch in allen kulturellen Bereichen unter dem wünschenswerten Level. Er bemerkt, dass die Freie Szene immer noch um 150 Prozent über dem Status von 2005/2006 stünde, auch wenn sie jetzt 20 Prozent oder gar 25 Prozent verlieren würde. Er sieht das Problem darin, dass man sich an diesen durchaus gerechtfertigten Zustand gewöhnt habe und es schwierig sei, von diesem Anspruch herunterzukommen bzw. ihn auf einen Stand der darunter liege, zu bringen. In der jetzigen Haushaltssituation sei es unmöglich alles zu retten, obwohl man mit dem Kulturetat und den geplanten Einsparungen in Höhe von 10 Mio. EUR zur Haushaltskonsolidierung von 450 bis 500 Mio. EUR lediglich einen Bagatellbeitrag beisteuern könne. Dies seien jedoch Fragen der politischen Diskussion und deren Bewertung. Insofern sehe er keine andere Möglichkeit sich zu verhalten und er hoffe auf die politischen Beratungen im Rat, weil er sich dort eine stärkere Güteabwägung vorstellen könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht erneut, dass es sich um ein sehr unerfreuliches Thema handle. Es sei klar zum Ausdruck gebracht worden, dass man eine politische Entscheidung herbeiführen wolle und die Verwaltung bis dahin Sorge trage, dass nichts zerschlagen werde. Alles weitere werden die Haushaltsplanberatungen ergeben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.5 Zusammenfassung und Dokumentation der 3. Arbeitsmarktkonferenz Medien und Kultur 2623/2010

Frau Brunn weist darauf hin, dass in der Mitteilung als Konsequenz die Weiterbildung von Freien als notwendig angesehen werde. Sie fragt, ob es dazu ein Umsetzungskonzept gebe. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre sie dankbar, wenn ein solches Konzept vorgelegt werden könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt, dass dieses Thema intensiv bearbeitet werde, weil es ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Feld für die Stadt Köln sei. Der Medien- und Kulturbereich dürfe insgesamt als Wirtschaftsfaktor dieser Stadt nicht unterschätzt

werden. Es wäre wünschenswert, dies vertiefend in Form solcher Konferenzen zu bearbeiten und die Ergebnisse dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.6 Tanzhaus
2697/2010**

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert den Inhalt der Mitteilung, die dem Ausschuss Kunst und Kultur als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.7 Vorläufige Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW
hier: Ablauf der bis 30.06.2010 befristeten Haushaltsermächtigung
2633/2010**

Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

14 Mündliche Anfragen

14.1 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz

Frau Möller weist darauf hin, dass das Kunstwerk Ma'alot und der teilweise dazugehörige Heinrich-Böll Platz in einem beklagenswerten Zustand sei. Die gesamte Pflasterung sei beschädigt oder ausgebessert worden. Sie fragt, ob im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Domumgebung eventuell etwas zu machen sei, um das Kunstwerk zu sanieren und zu erhalten. Außerdem fragt sie, ob es unter Denkmalschutz gestellt werden könne und dies ggf. Vorteile für den Erhalt bringen würde.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass das Problem bekannt sei und das Kunstwerk von der Fachhochschule erfasst worden sei. Es gebe jedoch noch keinen Lösungsansatz und deshalb schlägt er vor, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)